



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Lulvès, J.: Die Frage der Beteiligung des Papstes an den
Friedenskonferenzen im Spiegel der öffentlichen Meinung des Auslands

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Frage der Beteiligung des Papstes an den Friedenskonferenzen im Spiegel der öffentlichen Meinung des Auslands

Von Archivrat Dr. J. Lulvès



Bei den Vorbereitungen zu den Friedensverhandlungen ist bisher auf keiner Seite eine wichtige Frage offiziell berücksichtigt worden, trotzdem sie früher bereits zu wiederholten Erörterungen Anlaß gegeben hat: Die Frage der Teilnahme des Papstes! Der Entsendung eines päpstlichen Vertreters zu den Friedenskonferenzen steht hindernd im Wege die Befürchtung der italienischen Regierung, die ihr peinliche „Römische Frage“, der Anspruch des Oberhauptes der katholischen Kirche auf Wiederherstellung seiner Souveränität und auf Wiedererlangung eines beträchtlichen Teiles des Territoriums, das er bis 1870 besessen habe, könne bei der Gelegenheit wieder aufgerollt werden und eine Italien und seinen Landesinteressen nicht zuzugende Lösung finden. *)

Um das zu verhüten, hatte der italienische Außenminister Sidney Sonnino bei Abschluß des Londoner Geheimabkommens vom 26. April 1915 die Einschließung des Artikels 15 durchzusetzen gewußt, durch welchen sich Frankreich, Großbritannien und Rußland verpflichteten:

Italien in seinem Widerstande gegen die Zulassung von Vertretern des Heiligen Stuhles bei irgendwelchen diplomatischen Schritten über den Friedensschluß oder über die Regelung der mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen ihren Beistand zu leisten.

Inwieweit und gegebenenfalls ob überhaupt die unterzeichnenden Mächte, aus deren Zahl Rußland inzwischen so gut wie ausgeschieden ist, sich an diese ihnen aufgedrängte Vertragsbestimmung halten werden, ist mindestens fraglich.

Von durchaus nicht zu unterschätzendem Werte ist jedenfalls die Stellung der öffentlichen Meinung, die Stellung der Presse, besonders im nicht deutschen Auslande, zu jener Frage der Beteiligung des Papstes an der Friedenskonferenz.

Nach dem eben Gesagten würde die erste Voraussetzung für eine derartige Beteiligung eine Verständigung zwischen Vatikan und Quirinal sein. Nachdrücklich haben auf eine solche bereits am 12. Dezember 1918 die englisch-liberalen „Daily News“ mit der Mitteilung hingedeutet:

Es bestehe aller Grund zu der Annahme, daß die geheimen Verhandlungen zwischen dem Papst und der italienischen Regierung auf der Grundlage des Verzichtes des Papstes auf weltliche Macht erfolgreich gewesen sind. Es heißt, daß die von der italienischen Regierung gemachten Konzessionen mit der territorialen Unverfehrtheit Italiens vereinbar sind, woraus angenommen werden kann, daß sie nicht die Bildung eines die apostolischen Paläste mit der See verbindenden Landstreifens — des vielerörterten „Korridors“ — in sich schließen. Der Papst habe Wilson gebeten, von dem vorgeschlagenen Abkommen Kenntnis zu geben.

Das Gerücht über derartige geheime Verhandlungen veranlaßt in jenen Tagen das Pariser „Journal“ zu der Meldung, daß der Papst auf der Friedenskonferenz vertreten sein müsse, um dort seinen Verzicht auf seine territorialen Ansprüche auf Rom aussprechen zu können, wobei er sich nur die Souveränität über die apostolischen Paläste und über jenen Landstreifen zum Meere vorbehalte; — hinsichtlich des letzten Punktes wohl verstanden ein Gegensatz zu der Meldung der „Daily News“!

*) Vgl. meine Ausführungen in den Grenzboten, Jahrg. 78, Nr. 9/10 (4. März 1919) „Papst Benedikt der Fünfte und die Friedenskonferenz“.

Gatten etwa diese Mitteilungen der beiden angesehenen Presseorgane Londons und Paris' den Zweck, Wünsche ihrer Regierungen zu Ausdruck zum bringen, daß dem Papste die Möglichkeit einer Vertretung auf dem Friedenskongreß gewährt werde? Daß italienische Presseorgane dagegen Widerspruch erheben würden, war zu erwarten. Die „Perseveranza“ vom 13. Dezember verwies auf das „Garantiegesetz“ vom 13. Mai 1871, welches das äußerste Entgegenkommen an Zugeständnissen von Seiten Italiens gegenüber dem Apostolischen Stuhle darstelle und seinen Zweck während 47 Jahren vollauf erfüllt habe. Die „Perseveranza“ gab dabei zu bedenken, daß eine extreme antikerikale Richtung in Italien auf die Beseitigung des Garantiegesetzes und auf die Unterstellung des Oberhauptes der katholischen Kirche unter das italienische Landesgesetz hinarbeite. Das Blatt stellte auch bei der Kurie die Absicht in Abrede, auf ihren Widerspruch in der römischen Frage zu verzichten, und nahm als sicher an, daß auf dem Friedenskongreß kein Vertreter des Papstes erscheinen werde.

Während hier die „Perseveranza“ eine Aktion des Vatikan auf der Friedenskonferenz, die Möglichkeit einer dortigen Teilnahme überhaupt als unwahrscheinlich darstellte, sah sie sich zwölf Tage später doch veranlaßt, auf jenen Gegenstand zurückzukommen und wenigstens ein Zugeständnis zu machen:

Was an dem Gerücht wahres ist, daß der Vatikan auf der Friedenskonferenz versuchen werde, die römische Frage zu lösen, ist schwer zu sagen. Fest steht wohl nur, daß unbeschadet der Rechte Italiens, auf dem Friedenskongresse die juristische Seite der Frage ihre Regelung finden wird.

Die „Perseveranza“ hätte sich zu weit bedeutenderen Zugeständnissen verstehen dürfen, angesichts eines inzwischen erschienenen Artikels des offiziellen Regierungsorgans, des „Giornale d'Italia“ vom 17. Dezember, in welchem dargelegt wurde, daß die Verwandlung des Garantiegesetzes in ein Konkordat erwogen werde. Auch der Vatikan sei dieser auf einen Friedensschluß mit dem Königreich Italien hinauslaufenden Lösung geneigt. Nur wünsche er gewisse kleine Änderungen in den ihm zugestandenen Rechten und Befugnissen, darunter eine größere Freiheit bei der Ernennung der Bischöfe, das Eigentumsrecht an den vatikanischen Palästen, statt ihrer bloßen Nutzung, nicht zuletzt eine Modifizierung der ihm reservierten finanziellen Bezüge, damit sie nicht wie eine Besoldung von Seiten Italiens erschienen. Dabei soll sogar die Aufhebung der selbstgewählten Gefangenschaft des Papstes in Erwägung gezogen werden, gemäß dringenden Wünschen, die in katholischen Kreisen mehr und mehr an Boden gewinnen. Sine qua non gehöre die territoriale Forderung eines Seehafens und des zu ihm reichenden Korridors in das Reich der Fabel.

Diese Ausführungen des „Giornale d'Italia“ und ähnlicher anderer Blätter hinsichtlich einer Neuorientierung des Vatikan lehnte das Organ des letzteren, der „Osservatore Romano“, in Bausch und Bogen, als phantastisch und nicht ernst zu nehmen, ab. Das gleiche Schicksal, nur in schärferen Formen, hatte auch die Anregung jenes Sonnino-Blattes, die diplomatischen Vertretungen beim Heiligen Stuhle mit denen beim Quirinal zu vereinigen; um die damals befürchtete Erreichung einer amerikanischen Vertretung beim Vatikan zu hintertreiben, wäre diesem ein wertvolles Souveränitätsrecht entzogen worden!

Zu weitgehend und augenscheinlich unberechtigt waren die Auslassungen der „L'Information“ vom 28. Dezember über einen Verzicht des Heiligen Stuhles, an der Friedenskonferenz teilzunehmen, der den Zweck habe, den katholischen Gruppen in Italien völlige Aktionsfreiheit bei ihren politischen Handlungen zu lassen.

Da ward der Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Woodrow Wilson, bei Papst Benedikt dem Fünftehnten am 4. Januar 1919 Ereignis. Daß der angeblich vom Papst gewünschte Besuch, auf Grund der offiziellen Ankündigung von Seiten der amerikanischen Botschaft, im Vatikan mit großer Spannung erwartet werde, berichtet der „Secolo“ vom 3. Januar. Denn nach guten Infor-

mationen wolle der Papst ihn benutzen, um einen von ihm entworfenen Lösungsplan für die römische Frage zu erörtern.

Waren diese Informationen wirklich zutreffend, so scheint Benedikt der Fünfte von jenem Vorhaben, vermutlich auf Grund der Vorverhandlungen seines Abgesandten, Erzbischofs Monsignore Bonaventura Ceretti, mit Wilson in Paris, abgekommen sein. Denn nach einer Meldung des „Secolo“ vom 5. Januar muß jede Anspielung auf die römische Frage in der am gleichen Tage stattgefundenen Unterredung zwischen dem Papste, dessen italienischer Patriotismus übrigens außer Frage steht, und dem amerikanischen Präsidenten unterblieben sein.

Das wäre eine Analogie gewesen zu dem ersten Besuche Kaiser Wilhelm des Zweiten bei Papst Leo dem Dreizehnten am 11. Oktober 1888. Die Verührung der römischen Frage wurde beim ersten Versuche des Papstes damals durch Graf Herbert Bismarck hintertrieben, der durch Hineinführung des Prinzen Heinrich das Gespräch gewaltsam unterbrach.

In bezug auf eine Teilnahme des Papstes an den Friedensverhandlungen dürfte Wilson, falls sie wirklich in jener denkwürdigen Unterredung berührt worden ist, auf den formalen Einwand hingewiesen haben, daß nur die Vertreter der kriegführenden Nationen das Zutrittsrecht zur Konferenz hätten. Nach Meldungen Pariser Blätter aus jenen Tagen war besagte Bestimmung als Zusatzartikel in das Londoner Abkommen aufgenommen worden.

Aber die hier vorgelegten Nachrichten, vornehmlich der italienischen Presse aus dem vergangenen Herbst und Winter, in bezug auf Unterhandlungen zwischen Vatikan und italienischer Regierung, wobei letztere erst durch den Direktor des Kulturfonds, Baron Monti, dann durch den Erminister Nitti vertreten worden sei, äußerte sich am 28. März 1919 das Organ der bayerischen Zentrumsparlei, die „Augsburger Postzeitung“ recht atsprechend; sie bezeichnete das Ganze als Komödie, Italiens scheinbares Entgegenkommen gegenüber dem Vatikan als Heuchelei, lediglich bestimmt, einem schlechten Eindruck bei Wilson vorzubeugen, damit bei ihm nicht der Papst ein machvolles Organ für seine Pläne und Wünsche gewinne. Genau am Tage nach der Abreise des Präsidenten aus Rom seien die Verhandlungen abgebrochen worden und zwar wegen der von Benedikt verlangten Anerkennung seiner absoluten Souveränität durch den Völkerbund, die Italien natürlich ablehne; — befanntlich wolle es in der Römischen Frage keine Sanktionierung durch fremde Mächte dulden! —

Ist die „Augsburger Postzeitung“ wirklich so gut unterrichtet, daß sie mit ihrem Pessimismus, mit ihrem Mißtrauen gegen Italiens Absichten Recht hätte? Unleugbar haben sehr beachtenswerte Verhandlungen zwischen Vatikan und Quirinal in den letzten Monaten stattgefunden, die zweifellos die Grundlage zu weiteren wichtigeren bilden können. Man denke nur an die gerade jetzt immer schwieriger werdende Position Italiens bei den Friedensverhandlungen! —

In den Vordergrund ist jedenfalls die Teilnahme des Papstes am Völkerbund getreten. Bereits am 28. Dezember hatte der „Secolo“ die derzeitigen Absichten der vatikanischen Politik, — nach dem Ausbleiben einer Einladung zur Friedenskonferenz, die der Heilige Stuhl nur in bedingungsloser Form angenommen hätte, — dahin deuten zu dürfen geglaubt, daß die Mächte der Entente zur Übertragung des Schiedsgerichts an den Papst bei internationalen Streitigkeiten im Völkerbund veranlaßt werden sollten; in einer solchen hervorragenden Stellung hätte er dann, auch ohne Beteiligung am Kongreß, die Möglichkeit die von ihm gewünschten internationalen Garantien für seine Souveränität zu verlangen, welche ihm Italien bis jetzt im Garantiegesetz nicht gewährt habe. In den Unterredungen mit Wilson ist dementsprechend, gemäß den Mitteilungen der italienisch-katholischen Erustpresse, schon in der Vorsprechung mit Monsignore Ceretti die Frage des Völkerbundes, als Ausgangspunkt aller gegenwärtigen und zukünftigen diplomatischen Verhandlungen des Heiligen Stuhls, als Hauptmittels zur Sicherstellung des zukünftigen Friedens, behandelt worden.

Nicht ein italienisches Blatt, sondern das führende Organ der englischen Liberalen, die „Daily News“, brachte am 17. März die Notiz, daß, nach zuverlässiger Quelle, die Großmächte wahrscheinlich den Beitritt des Papstes zum Völkerbund anregen werden, und, da diese Tatsache die Anerkennung der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles in sich schloße, dürfte eine Lösung der römischen Frage die nötige Folge sein. In Verbindung mit dieser Nachricht gewänne der kurz zuvor stattgehabte Besuch des Kardinals Amette, Erzbischofs von Paris, nach dessen Unterredung mit Clemenceau, beim Papst erhöhte Bedeutung. Dieser Besuch erweckte in diplomatischen Kreisen die Vermutung, es handele sich um Besprechungen zwecks Wiederaufnahme der früheren Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan in dem alten Umfange, wobei die Form noch unentschieden bliebe, ob durch einen ständigen Gesandten oder durch gelegentliche Beauftragung eines hohen Prälaten. Daß der letztere Modus von der italienischen Regierung seit längerer Zeit beobachtet werde, berichtete dabei das „Giornale d'Italia“. Der Vorschlag dieses offiziösen Organs, dem Papste im Völkerbunde eine Aufnahme mit nur beratender Stimme zu bewilligen, — wodurch die von ihm bezweckten Bürgschaften für die Ausübung seiner Souveränitätsrechte natürlich hinfällig geworden wären — erweckte im Vatikan einen ungehenden Protest. —

Doch kehren wir noch einmal zur Stellung Benedikts des Fünfzehnten gegenüber der Friedenskonferenz zurück! Er selbst hat in seiner Weihnachtsansprache an das Kardinalskolleg (1918) vor allem den Wunsch ausgesprochen, daß über der Konferenz jener Geist schweben möge, dessen Hüter der Papst ist, und hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß ihre Beschlüsse nicht allein die Wiederherstellung der Ordnung, sondern auch das Wiederaufblühen der gegenseitigen Menschen- und Bruderliebe zwischen den Völkern herbeiführen werde. Den gerechten Beschlüssen des Weltkongresses sichere er die Unterstützung seines Einflusses auf die Gläubigen zu; sie sollen der Welt einen wirklichen und dauerhaften Frieden bringen.

Die Tätigkeit des Papstes werde sich künftighin hauptsächlich folgenden Gebieten zuwenden: Pflege und Unterricht der Kinder, Schutz und weise Leitung der Arbeiter, geeignete Beratung und Aufmunterung der wohlhabenden Klassen über gute Verwendungen von Reichtümern und Macht („Völn. Volkszeitung“ vom 31. Dezember 1918).

Die 14 Punkte des Wilsonschen Programms sind, nach einer Genfer Mitteilung vom 1. Januar, des vollen Beifalls Benedikts sicher; im besonderen bestche der Papst auf vier Punkte: 1. Gewalt müsse dem Rechte weichen; 2. Keine Nation dürfe von einer anderen unterdrückt werden; 3. Eine allgemeine Abrüstung müsse stattfinden; 4. Ein internationaler Gerichtshof eingerichtet werden.

Demgemäß proklamierte die „Stalia“, das Organ der lombardischen Merikalen, am Tage nach Wilsons Vatikanbesuch, den Gedanken: Wie heute Wilson am Vorabend des Friedenskongresses bei seinem Besuch in Italien nicht den heiligen Vater ignoriert, sondern ihm mit seinem Besuch eine Huldigung erwiesen hat, so darf auch der Papst bei der Ausführung des großen Friedenswerkes nicht ignoriert werden. Aber — argumentiert das Blatt weiter — des Papstes Beteiligung darf nicht auf eine Vertretung bei der Konferenz beschränkt werden. Vor allem muß der christliche Gedanke, den der Papst verkörpert, bei der Begründung der neuen Weltordnung zur Geltung kommen; und an früherer Stelle betont das Blatt: der Heilige Stuhl habe keine eigenen politischen Vorurteile zu vertreten, er werde seine ganze Aufmerksamkeit der unparteiischen Wahrung der Grundsätze höchster Gerechtigkeit bei der Neuordnung der Staaten zuwenden und dementsprechend eine Vorzugsstellung einnehmen. Der Gesichtspunkt des Vatikans könne nie dahin verdächtigt werden, daß er sich von politischen Vorteilen beteiligter Kreise beeinflussen lasse: Sein Leitgedanke würde die bereits im August 1917 in der Friedensnote mitgeteilte Lösung sein, daß die moralische Kraft des Rechts an Stelle der materiellen Kraft der Waffen treten muß. Er werde die allgemeine Abrüstung, die Abschaffung der regulären Dienstpflicht befürworten.

Unter derartigen Voraussetzungen werde die Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz eine Bestätigung und eine Wahrung des Rechts aller bedeuten!

Außerhalb Italiens waren bereits im November 1918 die Kardinäle Gibbons und Mercier beim Präsidenten Wilson wegen Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz durch einen Vertreter, laut Rotterdamer Meldungen, vorstellig geworden. Eine entschiedene Kundgebung für die Vertretung des Papstes beim Kongress kann auch Spanien aufweisen! Dort hat nach dem „Univerſo Madrid“ vom 11. Februar die Vereinigung der Familienväter und Familienvorstände sich mit der Bitte an ihre Regierung gewandt, in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen.

Anläßlich des Kongressbeginns soll der Pariser Erzbischof Kardinal Amette dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, als Vorsitzendem, eine Denkschrift des Heiligen Stuhls über die Notwendigkeit der Freiheit der katholischen Kirche und wegen einzelner besonderer Fragen überreichen.

Im übrigen ergibt sich aus den angeführten hauptsächlichsten Presseäußerungen, daß im Auslande die Diskussion über die Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz und über ihren moralischen Wert für diese noch lange nicht abgeschlossen ist! Die Stimmen zu deren Gunsten mehren sich!

Dem eben gekennzeichneten Standpunkt leidenschaftsloser Unparteilichkeit und christlicher Nächstenliebe Papst Benedikt des Fünfzehnten entspricht jedenfalls seine Stellung zu einer etwaigen Einladung zur Friedenskonferenz, wie sie Mitte März sowohl vom „Corriere d'Italia“, als auch vom „Osservatore Romano“, den beiden dem Vatikan nächststehenden Organen, präzisiert worden ist, nämlich eine Einladung nur im Falle eines Vergleichsfriedens anzunehmen; die Vermittlertätigkeit des Papstes sei nicht zu haben bei einem Diktatfrieden! Dieser Entschluß sei schon zu Anfang des Krieges gefaßt gewesen.

Demselben Geiste christlicher Nächstenliebe, wie er aus Benedikt des Fünfzehnten Friedenserlassen, aus seiner Fürsorge für die unglücklichen Gefangenen, besonders für die kriegsuntauglich gewordenen, aus seinen vielen anderen menschenfreundlichen Bemühungen während des Weltkrieges hervorgeht, entspringt sein Eintreten für die besiegten Nationen.

Daß sich, gemäß einem Bescheide, den der Münchener Erzbischof Faulhaber vom Kardinal-Staatssekretär Gasparri erhalten hat, Benedikt wegen Aufhebung der Blockierung Deutschlands und Erwirkung von Lebensmittelsendungen für die dem Hungertode nahen Nationen an den Präsidenten Wilson, an den französischen und an den amerikanischen Episkopat, sowie an die englische Regierung gewandt habe, berichtete schon am 3. Dezember das französische Blatt „Le Journal“. Sinegen wurde, laut „Petit Journal“ vom 7. Dezember, die Nachricht, daß der Papst bei den Verbündeten für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen eingetreten sei und die Bischöfe gebeten habe, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen, wenigstens von Monsignore Chapon, Bischof von Nizza, in Abrede gestellt.

Jedenfalls ist die erstgenannte Nachricht zutreffend, und mit Recht hat am 10. April in Weimar der deutsche Reichsminister des Außern, Graf Brockdorff-Rantzau, dem Papste, der auch noch in jüngster Zeit seinen Einfluß für eine schleunige Hilfe gegen die Hungersnot eingesetzt hat, seinen besonderen Dank unter lebhaftem Beifall der Nationalversammlung ausgesprochen!

